

Zum Beispiel: Afghanistan im August 2021

Persönliche Gedanken zu einem politischen und menschlichen Debakel.

Ich habe inzwischen eine im Westen wenig akzeptierte Meinung zur Einmischung in die Angelegenheiten fremder Völker oder Nationen. Dafür ist mir Afghanistan zu einem Beispiel geworden – seit nun 40 Jahren wird darüber berichtet.

Kurz zur geschichtlichen Entwicklung, so wie ich sie kenne und wie sie in mein Denken einfließt: Afghanische Stammesführer haben Mitte des 18. Jahrhunderts die Herrschaft der Perser abgeschüttelt. Im 19. Jahrhundert gelang es den Briten in drei Kriegen nicht, Afghanistan zu besetzen; teilweise endete der Rückzug im Debakel (1 Überlebender von über 15 000 fliehenden Soldaten und Zivilisten). Das russische Zarenreich konnte sich in dieser Zeit ebensowenig in Afghanistan festsetzen. Im 1. Weltkrieg scheiterte der Versuch von Deutschland und Osmanischem Reich, Einfluss in Afghanistan zu gewinnen. Nach dem 2. Weltkrieg bekämpften sich schwache Regierungen, Taliban und Regionalfürsten in regional unterschiedlicher Intensität über Jahrzehnte hinweg. Liberalismus und Demokratie erreichten zwar die großen Städte – allen voran Kabul – , aber lösten in ländlichen Regionen Unverständnis und Ablehnung aus. Von 1979 bis 1988 hielt die damalige UdSSR Afghanistan besetzt, konnte es aber nie unter Kontrolle bringen. Nach dem Abzug der rund 100 000 Soldaten übernahmen die Taliban die Vorherrschaft, faktisch aber herrschte bis 2001 Bürgerkrieg zwischen schwachen Regierungen, Taliban und Regionalfürsten. Nach „9-11“ griff Amerika terroristische Trainingscamps und Unterstützer von Osama bin Ladin (insbesondere Taliban) in Afghanistan an und stationierte Truppen (bis 2021). Irgendwann bekam der ursprüngliche Anti-Terror-Einsatz eine andere Bedeutung und sollte die Entwicklung von Demokratie und Freiheit fördern. In dieser Zeit relativen Friedens entwickelten sich Wohlstand, Bildung und Menschenrechte, vor allem in den Städten. Wo jetzt die Taliban einmarschieren, werden Wohlstand, Bildung und Menschenrechte auf ein Maß reduziert, das uns im Westen / in Deutschland eher ans Mittelalter erinnert.

In meiner Lebensspanne herrschte in diesem Land mindestens 50 Jahre Krieg oder Besatzung, zurück bis ca 1750 war es nie wirklich anders. Das prägt ein Volk und seine Kultur.

Wenn ich diese Fakten über ein Land erfahre, wäre meine erste Vermutung: Die Zivilbevölkerung hat gelernt, den Kopf einzuziehen und sich in das zu fügen, was eine wie auch immer geartete Obrigkeit will – die Kultur ist trainiert auf Duckmäusertum, Anpassungs- und Leidensfähigkeit; die politische Kultur ist geprägt von Stammesführer-Denken, die – zum Wohle ihres Stammes – teilweise divergierende Ziele verfolgen; es besteht ein besonders großer Unterschied zwischen Stadt- und Landbevölkerung; die Kultur ist auch geprägt von Stolz und einer inneren Stärke, die sich keinesfalls „unterkriegen“ lässt.

Erster Vorwurf: „Anderen Duckmäusertum vorwerfen ist leicht, wenn man sich in Deutschland auf dem Sofa den Hintern breitsitzt!“ Richtig – ich weiß nicht, wie ich mich verhalten würde, hätte ich in meinem gesamten Leben nur kriegsähnliche Zustände und ein Dutzend „Obrigkeiten“ erlebt. Aber um diese Frage geht es auch nicht, sondern ich versuche, Strukturen in den vorhandenen Fakten zu erkennen. Ich mache niemandem das dort vielleicht sinnvolle, erlernte Verhalten zum Vorwurf – ebensowenig muss ich mir mit einem „mea culpa“ Asche aufs Haupt streuen. Ich schätze mich glücklich, dass ich nicht in einem Deutschland lebe, in dem über Jahrzehnte hinweg aus allen Richtungen Heere durchmarschieren und zwischendurch alle möglichen Herzöge und Fürsten regionale Fehden austragen – das ist zum Glück vorbei. Aber es war mal so – hier, in Deutschland.

Nun also sind die Amerikaner weg und mit ihnen ihre Helfer, darunter auch deutsches Militär. Präsident Biden hat vor wenigen Tagen diesen Beschluss bekräftigt und auch Zahlen genannt – wieviele Milliarden Dollar in den Aufbau einer Armee der demokratischen Regierung flossen, einerseits in moderne Ausrüstung (die nun weitgehend in der Hand der Taliban ist), andererseits in Ausbildung der Soldaten (die nun teilweise auf der Seite der Taliban stehen), und wieviele in die Entwicklung der Zivilgesellschaft flossen für Verwaltungsaufbau, Schulen, Krankenhäuser, Fortbildung, Existenzgründungen etc. Biden meint, dies sei Unterstützung genug, damit eine Regierung und eine Gesellschaft ihren eigenen Weg finden und gehen kann. Letzterem stimme ich zu mit der Einschränkung, dass man viel zu lange in Afghanistan war – als „Hilfe zur Selbsthilfe“ hätte auch Weniger ausreichende Impulse gesetzt. Die Grenze, ab der Hilfe zu Gängelung – anders formuliert: Besatzung – wurde, ist nach meinem Empfinden schon lange überschritten.

Zweiter Vorwurf: „Hinterher kritisieren ist dümmliche Besserwisserie!“ Ich habe in den letzten Jahrzehnten gespannt mitverfolgt, wie sich Afghanistan entwickelt, wie sich eine Gesellschaft verändert, die Impulse bekommt, sich an einem westlichen Verständnis modernen Zusammenlebens zu orientieren. Meine skeptischen Fragen (wegen denen ich auch so gespannt war) blieben jedoch: Sind zwanzig Jahre nicht viel, viel zu lange? Wird der psychologische Widerstand gegen so viel Neues nicht zwangsläufig konservative Kräfte in die innere Emigration oder zu den Traditionalisten treiben? Kann die Kultur Afghanistans Impulse integrieren oder setzt sich die Warlord-Kultur durch? Wird – wie bei einem Pendel – nicht ein automatisches Schwingen in die Gegenrichtung alles weg-wischen? Hier Antworten auf diese Fragen darzustellen, ist natürlich auch Kritik an dem, was zurückliegt, aber dieses Nachdenken will vor allem lernen, was geht und was wohl nicht geht. Hätte ich Entscheidungen treffen müssen, hätte ich oft anders entschieden – und hätte andere Fehler gemacht.

Was hätte ich also anders gemacht?

Ich habe hohen Respekt vor der Autonomie eines Volkes: Dieses Volk gäbe es nicht mehr, hätte es nicht alle Fähigkeiten, in seinem Land aus seiner Situation das Beste zu machen. Und: Ich habe ein sehr gemäßigtes Vertrauen in die westliche Überzeugung, dass unser Lebensstil und unser Verständnis von Demokratie das Nonplusultra sei: Mir fehlt jeder missionarische Eifer, alle Welt damit zu „beglücken“.

Aber als Bildungsziel würde ich definieren: „Lerne neben deinem traditionellen Lebensstil auch unseren westlichen kennen und bereichere deine Kultur mit dem, was unsere dir an Bereicherung bieten kann.“ Mir geht es also darum, den Erwerb neuer Kenntnisse und Erfahrungen zu ermöglichen – das funktioniert genauso gut auch andersherum (ein Kennzeichen gleicher Augenhöhe). Deshalb ist dies bei mir ein Bildungsziel (unter anderen) und das Globalziel „Werde wie wir im Westen“ gilt mir nichts. Ich traue also der Autonomie eines Volkes zu, aus Impulsen das Richtige aufzugreifen und die eigene Kultur damit zu bereichern (und zu weiterer Hilfe dazu „von außen“ wäre ich jederzeit bereit). Aber für diesen Ansatz braucht es keine zwanzig Jahre. Auch nicht die Unsummen, die man in zwanzig Jahren (auch sinnvoll) investiert hat.

Zwei Gedanken sind es, die mein Denken stark beeinflussen:

1. Eine tiefe Wahrheit liegt in dem Spruch: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Wo Korruption eine Gesellschaft durchzieht, hört sie nicht in Führungskreisen auf. Wo man schon im Kleinen Koalitionen gegen andere schmiedet und Lobbyismus Ziele gegen die Bürger*innen durchsetzt, gehört die Kumpanei mit der Wirtschaft auch zur Politik. Wo sich die „einfachen Leute“ mit dem Recht des Stärkeren das verschaffen, was sie für

ihr Leben brauchen, landet der Stärkste irgendwann in der Regierung. Wenn ich hier negative Beispiele aufzähle, dann gilt es aber auch andersherum: Wo faire Entscheidungsprozesse und das Miteinander in den Familien gelebt wird, setzen sich diese Werte bis zu den Volksvertretern durch. In der Demokratie sind Regierende nicht Vorbilder der Gesellschaft, sondern deren Spiegelbilder, in autoritären Systemen weder noch.

2. Ich halte es mit Antoine de Saint-Exupéry: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommele nicht Männer zusammen um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“ In zwanzig Jahren hat man in Afghanistan Ressourcen beschafft, Aufgaben delegiert und Arbeitsbereiche aufgebaut. Vielleicht hätte Sehnsucht schon in wenigen Jahren mehr bewirkt: Wie schön wäre ein Arzt im Quartier. Und eine Apotheke. Und eine Schule für Mädchen in jedem Stadtteil. Und Strom in jedem Dorf. Und ein kleiner Betrieb, der die Familie ernährt. Und ein gewählter Bürgermeister ...

Sehnsucht ist eine viel intensivere Motivation (eine intrinsische Motivation) als die freundlichen Fremden, die bei allem unterstützen, wenn die Leute das machen, was die Fremden kennen und gutheißen. Sehnsucht, die zur Motivation für Handeln wird, setzt sich auf Dauer durch – nicht von heute auf morgen, nicht so schnell wie gewünscht, aber unverwüstlich langfristig. Auf dem Weg dahin wird es Entwicklungen geben, die mir nicht gefallen, die der globalen Gemeinschaft nicht gefallen, die viele wieder jahrelang in Mutlosigkeit und Resignation zwingen – aber Sehnsucht wird sich durchsetzen. Auch gegen die Taliban. WENN sie in den Herzen des afghanischen Volkes lebt – und bis dahin herrscht eine Regierung, die dieses Volk verdient, vielleicht sogar gefordert, gefördert, gewählt hat.

Aus meinem Blickwinkel ist die bisherige Haltung der deutschen Politik und ihr Erstaunen über die rasche Entwicklung absurd. Meine Sicht stützt sich auf:

- Der radikale Islam hatte vor Russen und vor Amerikanern Einfluss. Russen und Amerikaner konnten ihn mühsam zurückdrängen. Jetzt übernehmen die Taliban wieder im „Blitzkrieg“ die Regierung – sie gehören seit Jahrzehnten zur Kultur Afghanistans.
- Die Taliban können zu Recht für sich in Anspruch nehmen, dass sie seit Jahrzehnten für die Freiheit Afghanistans kämpfen: Dieses Land will einen eigenen Weg gehen – ohne Russen, ohne Amerikaner und ohne Deutsche im Rucksack der Amerikaner.
- Die Taliban repräsentieren das Stammesführer-Denken der Kultur und lassen jede Zentralregierung schwach wirken, auch die eigene, denn sie sind keine homogene Gruppe.
- Die Besatzung ab 2001 muss viele Konservative zu den Taliban getrieben haben. Skeptiker gegenüber westlichen Einflüssen oder der Besatzung fühlten sich zumindest argumentativ von den Taliban vertreten.
- In der afghanischen Kultur muss ein Mann seine Familie schützen können. Für dieses „Manns-Bild“ stehen auch die Taliban-Kämpfer. Die Fähigkeiten dazu konnte jeder Mann in der Ausbildung zum Soldaten oder Polizisten erlernen: ein Volkshochschul-Kurs zum Beschützer der Familie (nicht einer Regierung, einer Region oder des Volkes).
- Ebenfalls zur Kultur gehört Schmiererei und Korruption. Dies reicht bis in die Regierung und war bekannt, weil manche Förderung auf Privatkonten verschwand.
- Es war die Mittelschicht, die mit jedem Umbruch das Land verließ: Sie hatte die wirtschaftlichen Mittel, hatte durch Bildung eine Vision von Freiheit und sah in neuen Regierungen eine Existenzbedrohung. Afghanistan wurde bildungs- und finanzärmer. Deshalb meldeten sich als Soldaten junge Männer, die ohne diesen „Job“ perspektivlos waren; deshalb gab es in der Regierungsarmee eine hohe Fluktuation.
- Was bei uns immer gerne verschwiegen wurde: 1. Mehr als die Hälfte des Landes stand nie unter dem Einfluss westlicher Truppen, vor allem in ländlichen Gebieten genossen die Taliban Rückhalt (ein Grund, weshalb sie absehbar so schnell vorrücken konnten). – 2. Seit Jahrzehnten gehört zu den Handelswaren Afghanistans der Schwarze Afghan

(und andere Drogen), dessen Herstellung und Export stark in den Händen der Taliban liegt und auch in den letzten zwanzig Jahren nicht zurückging.

- Dazu kommt, was ich eingangs sagte: Die Zivilbevölkerung hat gelernt, den Kopf einzuziehen und sich in das zu fügen, was eine wie auch immer geartete Obrigkeit will – die Kultur ist trainiert auf Duckmäusertum, Anpassungs- und Leidensfähigkeit.

Das sind Argumente, die die Kultur des Landes einbeziehen und mich schon bei der Bestätigung des Rückzugs der Amerikaner durch Präsident Biden (die Entscheidung incl. der schriftlichen Vereinbarung mit der afghanischen Regierung ging ja auf Präsident Trump zurück) zu der Schlussfolgerung brachten: Afghanistan wird – mit allen Konsequenzen – bald von Taliban regiert (wie lange, das könnte ich nicht sagen). Das war vor Monaten. Das sagte ein einfacher Diakon in einem kleinen Dorf auf der Schwäbischen Alb – und gebetsmühlenartig wiederholten bis in die letzten Tage hinein die Personen, die wir in Berlin teuer bezahlen, damit sie besser informiert sind als dumme Leute vom Land, dass die Taliban erst in Wochen Kabul erreichen können, keine Gefahr für Deutsche bestehe, die Regierungstruppen Widerstand leisten,

Das ist die schlimmste Fehleinschätzung einer weltpolitischen Krisensituation, die sich eine deutsche Regierung seit dem zweiten Weltkrieg geleistet hat – und ich fürchte, das Schlimmste steht noch aus.

Sogar in der konkreten Vorgehensweise gibt es nach meinen Informationen fatale Fehler. Da wird vom Außenministerium auf Ausreise-Dokumente von afghanischen Regierungsstellen gewartet und niemand weiß, ob nicht an genau dieser Stelle bereits ein Sympathisant der Taliban die Ausreisebegehren erst mal liegen lässt. Da schlagen die Amerikaner vor, Helfer der Deutschen im Rahmen ihrer Flüge mitzunehmen – und erhalten zuerst ein freundliches „Nein, danke!“ aus dem Innenministerium. Da fällt der Verteidigungsministerin im letzten Moment noch auf, dass es dort Menschen gibt, die auf Deutschland angewiesen sind – Einsatzkräfte stehen bereit, sobald es der Bundestag beschlossen hat, nein, der Beschluss kann ja auch nachgereicht werden ... - unsere Soldaten sollen dann den Kopf hinhalten, weil Politiker ihren Kopf zu spät benutzen! Und überhaupt: Viele Helfer vor Ort sind zielstrebig bei Subunternehmen angestellt, so dass man deren Anträge gleich abwimmeln kann. Und die Fehler setzen sich fort: Aktuell (17.08.) verhandelt die Bundesregierung mit den Taliban über die Ausreise der Helfer vor Ort – um Fehler auszubügeln, wird Deutschland zum Bittsteller, der im Gegenzug sicher auch die eine oder andere politische „Gefälligkeit“ erweisen muss. So wird man abhängig von Machthabern, mit denen man offiziell nichts zu tun haben will.

Wenn es um Menschenleben, ganze Familien, geht, sollten Formalitäten kein Hindernis werden. Ich finde: Damit bei so viel Formalismenvernarrtheit die Hinflüge nicht ganz leer stattfinden, sollte man Kramp-Karrenbauer, Seehofer und Maas mitnehmen und dortlassen. Das ist böse und überspitzt formuliert, würde aber deren Empathiefähigkeit durch das persönliche Erleben der Situation auf ein Mindestmaß der Menschlichkeit anheben, was dann vielleicht in mutigeres Handeln einflösse. Was sich die Drei geleistet haben, bringt viele Menschen in Todesgefahr: Am 15.08. nehmen die Taliban Kabul ein – am 15.08. beginnt die Evakuierung von Botschaftsmitarbeitenden, Einsatzkräften und Helfern. Sorry, aber wieviel Schwarzen Afghan muss man geraucht haben, um die Entwicklung der letzten 14 Tage (eher vieler Wochen) trotz Warnungen und Beschlussanträgen im Bundestag (Grüne, Linke) so zu verdösen? Nüchterne Menschen spielen nicht mit dem Leben anderer! Das widerspricht unseren Überzeugungen und Werten, solche Regierenden sind wert-los.

Wenn das die Spitzenleistung mancher politischen Köpfe und der zugehörigen Dienste ist, ist das so armselig, dass sie weg müssen: Mit faktischen Versagern darf man kein Volk regieren. Andererseits: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient ...

Wenn du nun zwischen Nicken und Kopfschütteln stehst, merkst du die Wahrheit, die in den beiden Sätzen steckt: Vermutlich hast auch du eine tiefe Sehnsucht nach einer anderen Politik und stellst ernüchert fest, dass wir uns die aktuelle Politik selbst zuschreiben müssen. Wir haben diese Politiker gewählt, vielleicht auch nur, weil sie uns ein ewiges „Weiter so!“ versprochen, das es leider nicht gibt. Und wenn diese Sicherheit dann bröckelt, merkt man unseren „Weiter so!“-Politikern an, dass sie mit Veränderungen, gar Krisen überfordert sind.

Dritter Vorwurf: „Staatsfeindlicher Umstürzler!“ Nein. Ich halte unsere Gesellschaftsform für gewachsen belastungsfähig und unsere Demokratie für sinnvoll, aber ausbaufähig. Wir als Volk haben viele Jahre lang bestimmte Politiker zur Regierung gemacht. Dabei haben wir aus den Vorhandenen diejenigen ausgewählt, die wir als das geringste Übel ansahen: von vielen Nullen eben die Schwarzen. So ist Demokratie: Wenn alle Angst vor Veränderung haben, werden die gewählt, die aus Angst vor Veränderung den Status quo versprechen, aber in Krisen versagen, weil da nur Handeln hilft, aber nicht Absichern in alle Richtungen, wie es in den letzten Tagen (und in der Corona-Krise) vorgeführt wurde.

Und das gilt ebenso für Afghanistan. Meine Argumente – siehe oben – sind nicht 2021 vom Himmel gefallen, sondern zeichnen sich seit Jahren ab. Und in den letzten zwanzig Jahren zeichnet sich ab, dass sich die Gesellschaft Afghanistans zwar gerne in eine freiheitlichere und friedliche Richtung entwickelt, aber die kulturelle Basis – die „beliebes“ in der Gesellschaft – weiter gültig sind. Was kaum jemand weiß: In den 1970-er Jahren gab es in Kabul eine Party-Meile und Wahlen zur „Miss Afghanistan“, großen Einfluss hatten europäische Hippies, die in VW-Bussen auf dem Weg nach Indien waren. Aber bereits an den Unis zeichnete sich damals die Kontroverse zwischen westlich orientierten Liberalen und islamischen Traditionalisten ab, aus denen dann durch den Druck der sowjetischen Besatzung die Mudjaheddin hervorgingen. So auch jetzt, als die Amerikaner im Land waren: Manche Berichte und Kommentare sahen einen unter der Oberfläche wachsenden Widerstand gegen den Prozess und gegen die, die ihn ins Land brachten und Jahr um Jahr im Land blieben.

Vierter Vorwurf: „Dann hätte man länger bleiben sollen!“ Eben genau nicht, auch wenn manche Politiker (Röttgen, CDU) einen Endloseinsatz forderten! Wo ein innerer Widerstand wächst, wird er durch äußeren Druck weiter verstärkt. Dieses „Ergebnis“ handelte sich schon die UdSSR in Afghanistan ein. Nur die Methoden des Widerstands verändern sich mit dem Druck: Er findet unterschwellig statt, weicht dem Druck aus, sucht Verbündete nah und fern, simuliert Zusammenarbeit, „sabotiert“ gemeinsame Projekte, ... und agiert schlimmstenfalls aus dem Untergrund mit Terror. Das ist einfache Psychologie. Schon in der Psychoanalyse beschäftigte sich Freud mit dem Thema „Widerstand“ (ein Fachbegriff) und nach ihm alle weiteren Ansätze der Psychotherapie. Du kannst ihn in der Erziehung deiner Kinder erleben oder bei Teams in Konfliktsituationen oder in einer Gesellschaft, wo sich Opposition dezentral auf der Straße bildet (Stichwort „APO“) oder sich ein bieder-anbiederndes Mäntelchen umhängt, um salonfähig zu wirken (Stichwort AfD). Vielleicht ist es sogar ein Naturgesetz, denn in der Physik entspricht jeder Kraft eine Gegenkraft und nur in der theoretischen Physik kann man dann den Hebel ins Endlose verlängern, um mehr Kraft auszuüben – in der Praxis biegt sich der Hebel oder bricht.

Nein, gegen Widerstand hilft nur die verlässliche Vereinbarung, über welchen kurzen Zeitraum gegen Terroristen, Gewalttäter und Unterstützer vorgegangen wird, welche neuen Impulse für die Zivilgesellschaft „erprobt“ werden, und dass darüber ein Gespräch in Augenhöhe erfolgt,

ernsthaft und auch mit Kritikern, sofern sie mit Argumenten und nicht mit Waffen kämpfen. Ein vereinbarter, kurzer Zeitraum für Maßnahmen und Projekte in der Zivilgesellschaft führt sogar zu einer Bündelung der veränderungsbereiten Kräfte und einer hohen Motivation (auch bei Kritikern), die bereitgestellten Möglichkeiten in dieser kurzen Zeit auszuschöpfen. Ja, ich habe einen kurzzeittherapeutischen Blick auf Veränderungsprozesse: Zeit ist ein wichtiger Faktor bei Veränderungen und bewirkt mehr als die Zusage einer lebenslangen, helfenden Begleitung, die in die Unselbständigkeit führt. Auch unter diesem Aspekt: Sehnsucht wecken! Sehnsucht nach Mehr (sic!) ist das Saatkorn zur Selbständigkeit.

Die Lektion, die ich daraus lerne, heißt aus meiner Sicht: Die Aktion, die 2001 als Bekämpfung des Terrorismus startete, war gut und richtig unter dem Eindruck von 9-11. Die Einschätzung, man habe die terroristischen Taliban weit genug zurückgedrängt, war offensichtlich völlig daneben (als Komparativ von „falsch“). Die Einschätzung, man könne darauf vertrauen, unsere westlichen Ideale seien so überzeugend, dass die afghanische Gesellschaft sich grundlegend verändere, war ebenso grottenfalsch (als Superlativ von „falsch“) wie der Gedanke, damit den Taliban den Zulauf entziehen zu können. Die Gotteskrieger haben ihre Trainingslager in Pakistan weiter aus Drogenverkauf finanziert, erhielten großzügige Zuwendungen aus der islamischen Welt, hatten keine Nachwuchssorgen dank Islamisten aus aller Welt, und blieben weitgehend „unter dem Radar“, während sie ihre Organisation weiter entwickelten.

Ich denke, in den Jahren 2003-2005 hat man die Weichen falsch gestellt und bis 2021 in Afghanistan ein gesellschaftliches Transformationsexperiment angestellt, das vermutlich gescheitert ist. Ob es wirklich gescheitert ist, wird sich erst noch zeigen, denn natürlich werden auch die Taliban Widerstand – s.o. – provozieren und er kündigt sich bereits Tage nach der Machtübernahme an. Damals aber hätte man sich auch zwischen zwei anderen Vorgehensweisen entscheiden können – eine wie bereits dargestellt, eine andere, für die wir einige Werte berechnender Pragmatik opfern müssten. Ein altes Problem: Idealismus steht gegen Realismus – eine Vermischung macht beides fragwürdig. Also gibt es zwei Möglichkeiten, die man aus dem erlebten Debakel ableiten kann:

1. In der oben bereits skizzierten Weise hätte man in der Endphase der Terrorismusbekämpfung ein breit angelegtes Entwicklungsprojekt starten können in Absprache mit NGOs vor Ort bzw. ersatzweise mit initiativen Bürger*innen (keinesfalls top-down über die Schreibtische korrupter Regierungen und Verwaltungen, wer immer sie gerade stellt). Daraus wären viele kleine Projekte entstanden, die man auch nach einem früh terminierten Rückzug weiter hätte unterstützen können durch die finanzielle Förderung nicht-staatlicher Organisationen – ungefähr so, wie bundeswehurnahe, private Hilfsorganisationen ihre Verbundenheit bis heute zeigen. Bei aller Armut in Afghanistan ist Verbundenheit ein wichtigerer Schlüssel als Finanzhilfen: Verbundenheit nimmt Angst vor Veränderung und lässt Sehnsucht keimen.
2. Wer die Taliban als Terroristen sieht, die bei Druck zurückweichen und ohne diesen wieder an die Macht drängen, hat letztlich nur die Möglichkeit, sie ohne Rücksicht auszurotten. Kein Trainingslager – auch nicht in Pakistan – darf übrig bleiben, kein Dorf, das sie kontrollieren und in dem sie wohnen, darf stehen bleiben, keiner der Kämpfer, ihrer Unterstützer, Freunde und Familien darf mehr in der Lage sein, ein Gewehr zu halten und wer ein Gewehr hält, darf nicht lebend davonkommen. Eine solche Kriegsführung widerspricht westlichem Denken, zumal ja in Deutschland in jenen Jahren noch heftig diskutiert wurde, ob mit dem Einsatz in Afghanistan unsere Soldaten an einem Krieg oder einer Friedensmission teilnehmen. Wer Terrorismus nachhaltig ausrotten will (wobei dies sicher nie gelingen wird), darf nicht zimperlich sein und auf halbem Wege umschwenken.

Fünfter Vorwurf: „Das können wir doch nicht machen! Dann wären wir kein bisschen anders als die!“ Sag ich ja: Dieser Gedanken widerspricht unseren westlichen

Überzeugungen, unseren Werten, unserem Denken. Trotzdem hat dieser Gedanke eine Berechtigung: a. Während bei einem halbherzigen Einsatz der Terrorismus weitergeht und unsere Halbherzigkeit zusätzliche Opfer fordert, ist es konsequent, hart vorzugehen, damit zumindest dieser Gruppierung niemand mehr zum Opfer fällt. b. Bei entsprechenden Gruppierungen wird sich sehr, sehr schnell herumsprechen, dass Gewalt zur Vernichtung führt, aber jeder andere Weg ernsthaft konstruktiv aufgegriffen wird - ernsthafte Gespräche über Konflikte sind die unabdingbare Gegenseite dieser Medaille. Und diese Gespräche müssen offen erfolgen, also nicht – wie jahrzehntelang gegenüber dem Irak - überschattet von geheimdienstlichen Fehlinformationen oder familiären Aufarbeitungen eines Präsidenten (Familie Bush).

Sollte eine westliche Regierung den Mut haben, „Plan b“ aufzugreifen, kann dies nur mit Entschlossenheit und Konsequenz geschehen – viel zu oft wird heute beschlossen, nach einem Monat neu diskutiert, in einem Jahr etwas anderes „probiert“.

Wer an diesem Punkt mit der Ethik argumentiert, muss im Gegenzug beantworten, wie er ethisch begründet, dass ein Land 20 Jahre lang besetzt wird gegen Widerstand in Form von Attentaten und Scharmützeln und Tage nach Ende der Besatzung alles ist wie 20 Jahre zuvor. Oder dass man sich um die Evakuierung erst nach der Machtübernahme kümmert, dass man sich um Helfer vor Ort teilweise gar nicht kümmert, dass man bei erwiesenem Versagen auf andere zeigt, um den Rücktritt abzuwenden, oder Sorry: Ich kann darin keine überzeugende Ethik erkennen, eher sehe ich darin eine halbherzige Wahl des kleineren Übels, das man Zuhause einer Mehrheit politisch „verkaufen“ kann.

Ich betone noch einmal: Menschen und Organisationen in einem Land wie Afghanistan kann man auch unterstützen und fördern, wenn man nicht wie eine Besatzermacht auftritt. Das geht vermutlich sogar unter einer Taliban-Regierung, vor allem, wenn es Finanzen ins Land bringt. Das bestätigen bereits jetzt die Ankündigungen vieler NGO, auch unter den Taliban im Land zu bleiben und zu arbeiten.

Nun zeigt sich, dass auch die Terroristenbekämpfung schlecht geraten ist, wenn die Taliban im Blitzkrieg das Land erobern – sie waren immer da, blieben unbemerkt (oder wurden aktiv ignoriert) und haben auf diese Chance gewartet. Sie übernehmen nicht nur das Land, sondern auch mit westlichem Geld aufgebaute Strukturen, moderne Waffen und ausgebildete Soldaten, die sie nun für ein Regime der Unterdrückung nutzen können. Auch unter diesem Gesichtspunkt sollte „Plan b“ noch einmal geprüft werden.

Zwanzig Jahre lang haben Militärs versucht, „ordnende“ Strukturen aufzubauen: Militär, Polizei, Verwaltung. Dieser Ansatz ist gescheitert. Er hat zu wenig die Bevölkerung erreicht, in ländlichen Regionen hat er die Bevölkerung vermutlich gar nicht erreicht, zumindest nicht überzeugt. „Plan b“ steht dafür, in seiner zweiten Phase – der Unterstützung der Zivilgesellschaft – flächig in die Breite zu wirken. Bildung und Gesundheit stehen dabei ganz vorne: Schulen, LehrerInnen, medizinische Grundversorgung, Verbesserung der Landwirtschaft in kleinen Schritten. Dieser Ansatz, in dem NGO eine entscheidende Rolle spielen, kann in die Breite einer Gesellschaft wirken, kann deren Basis – die „einfachen“ Menschen – erreichen. Was sich von unten her, von der Wurzel her, entwickelt, ist wesentlich robuster als eine von oben her aufgebaute „ordnende“ Struktur.

Auch dazu gibt es ein Motto, das mich schon seit vielen Jahren erfolgreich begleitet: Sprich die Sprache des anderen. Auch dieser Satz kommt aus der Psychotherapie und beschreibt eine grundlegende Wahrheit, wenn man Menschen neues Verhalten nahebringen will. Schon der

einfachste Fall macht es plausibel: Wenn der Eine Deutsch, der Andere Japanisch spricht, bleibt eine zielgerichtete Unterhaltung rudimentär. Wenn der Psychotherapeut seinen Fachjargon ablässt, wundert sich der Klient, aber erlebt keine Hilfe – auch Fachjargon ist eine andere Sprache als die, die täglich gesprochen wird. Das gilt für jeden Fachjargon. Und für die sprachlichen Besonderheiten jeder Schicht, jeder Bevölkerungsgruppe. Und manchen Menschen erschließt sich ein Inhalt erst durch eine Geste, durch ein Bild, durch ein Erlebnis, Das Motto sagt nichts anders als: Wenn ich auf einen Menschen einwirken will, ihn erreichen und überzeugen will, muss ich es in einer Weise tun, die er versteht. Sonst steht er mit Fragezeichen im Kopf da oder stochert mit seinen Handlungen im Nebel.

Wenn ich mit Menschen zusammen bin, die in aller Selbstverständlichkeit „Arsch!“ und „Fick dich!“ sagen, sollte ich das nicht als persönliche Beleidigung verstehen, sondern als ihre Bekräftigung des bisher Gesagten, und ich sollte nicht rot werden, wenn meine Entgegnung die Sichtweise des Gegenübers verneint, indem ich „Fick dich selber, Arsch!“ sage. Meine hehren Ziele des Parlierens auf mittlerem Bildungsniveau darf ich gerne weiter verfolgen, aber der erste Schritt, sie in ferner, sehr ferner Zukunft bei diesem Gesprächspartner zu erreichen heißt: Sprich die Sprache des anderen – sonst versteht er dich nicht.

Es liegt viele Jahre zurück, war aber für mein Verständnis von Kommunikation weichenstellend: Zwei kräftig gebaute Jungs einer Rockergruppe diskutierten lautstark, zu wem das Mädels gehöre, das mit dabei stand. Nach ein paar platten Argumenten einigten sie sich darauf, „das“ draußen zu klären. Nach grob einer Viertelstunde kamen sie wieder herein, der eine legte einen ausgeschlagenen Schneidezahn auf die Theke, bestellte für sich und den anderen je ein Bier und das Mädels wusste, zu wem sie gehört. Als Pazifist hätte ich ihnen gerne einen Vortrag über gewaltfreie Konfliktlösung gehalten, hätte dem Mädels gerne die Rolle einer emanzipierten Frau erklärt, aber die Friedlichkeit der Szenerie und die Zufriedenheit der Drei mit der wohl aus ihrer Sicht gelungenen Konfliktlösung hielten mich davon ab. Das war gut so, denn es war genau so eine Situation, wo dann empört Drei gegen den „Oberlehrer“ gegangen wären. Und ich nahm die Erkenntnis mit, dass hier Kommunikation stattgefunden hatte: Ein Konflikt war gelöst, die Konfliktparteien rundherum zufrieden, die Situation jetzt entspannter und transparent.

Siebter Vorwurf: „Das ist doch einfach nur Gewalt, das hat nichts mit Kommunikation zu tun!“ Die Definition, wann Gewalt Gewalt ist, unterscheidet sich je nach Epoche, Kultur und Milieu: Wer bei dieser Geschichte entsetzt „Gewalt!“ ruft, ist vermutlich bürgerlich und mittelschichtig in heutiger Zeit geprägt, einigermaßen gebildet und versucht, Meinungsunterschiede durch Worte zu lösen, und fragt sich jetzt, wie es denn anders gehen soll. Es gibt Kreise in unserer Gesellschaft, denen dazu aber die Worte fehlen, die Argumente, die Geduld, die Erfahrung, Um den Konflikt zu klären und eine Lösung zu erzielen, können sie Losen, Armdrücken, Schnick-Schnack-Schnuck spielen, Wettrennen fahren, sich duellieren mit Pistole oder Degen, ... - solange die Beteiligten einig sind, dass Methode und Ergebnis fair und gerecht sind und die Lösung tragfähig und dauerhaft, werde ich ihnen nicht meine Erziehung, Prägung, Überzeugung, Erfahrung, Kenntnisse, ... „überstülpen“ und sie maßregeln: Dann würde ich sie „verbiegen“ wollen, ihnen in guter Absicht *Gewalt* antun, sie etwas lehren, was sie weder wollen noch brauchen. Es sind erwachsene Menschen, denen ich mit Wertschätzung begegne, auch wenn ich Vieles nicht verstehe (ich muss auch nicht alles verstehen!). Wenn ich den Eindruck habe, sie seien offen für andere Wege oder fragen gar danach, unterstütze ich sie gerne mit meinen Möglichkeiten – auf Augenhöhe: Auch dann entscheiden sie, was sie davon halten und wie sie künftig verfahren wollen.

Auch in kriegerischen Auseinandersetzungen wie in Afghanistan findet in einer seltsamen Sprache Kommunikation statt. Und wie bei jeder Kommunikation stehen damit Missverständnissen Tür und Tor offen, denn jede Seite interpretiert das Geschehen aus ihrem Blickwinkel, mittels ihrer Kultur, ihrer Erziehung, ihrem Denken, Aus einem kulturell anders geprägten Blickwinkel wirkt manches anders als wir es sehen: Die Halbherzigkeit, die sich hinter Ethik versteckt, (wir sagen meist: Eine Ethik, die als Halbherzigkeit interpretiert werden kann ...) wird von vielen Menschen anderer Kulturen – nicht nur in Afghanistan – als Schwäche angesehen und entsprechend gegen uns eingesetzt. Aus deren Sicht nehmen sie genau das wahr, was zu ihrer Interpretation passt: Die Westler kämpfen halbherzig, „richtige Männer“ kämpfen hart und kompromisslos wie wir – also weiter so, das hat sich bewährt! Wende das mathematische Gebäude der Spieltheorie darauf an und du wirst Wahrscheinlichkeiten erhalten für Aktionen und Reaktionen unterschiedlicher Akteure, wie sie ebenfalls ein versierter Psychologe oder Sozialpädagoge „vorhersagen“ würde. Es geht hier also um Menschen und ihre Kultur, um Kommunikation, um Verständnis für Verhalten, ... - es geht um eine innere Logik, die sich sogar in Formeln und Zahlen ausdrücken lässt (von denen ich aber zu wenig verstehe).

Als Beispiel diene die Situation, dass Kämpfer hinter Zivilisten Deckung suchen und aus diesem Schutz heraus ihr Gefecht führen. Sie verstehen dies nicht als feiges Verstecken, sondern als Ausdruck ihrer Macht und moralischen Legitimation, Menschen für ihren Kampf benutzen zu dürfen. Sie verstehen es nicht als Missbrauch von Zivilisten, denn diese Personen haben für den Kampf ohnehin keinen Wert – außer als Geiseln gegen westliche Soldaten. Sie haben gelernt, dass westliche Militärs aus Rücksicht auf zivile Personen im Nachteil sind und dies gilt es zum eigenen Vorteil zu nutzen. Die Gegenseite versucht dann, die Kämpfer zu eliminieren ohne Verluste bei Geiseln oder eigenen Kräften. Manchmal klappt es, manchmal nicht – dann sterben Geiseln und Soldaten, während die Kämpfer entkommen.

Natürlich würde es einen entsetzten Aufschrei auslösen, wenn ein Befehlshaber den Schutz der eigenen Soldaten über alles andere stellt und einen aus sicherer Entfernung geführten Angriff mit Raketen befiehlt, der Geiseln und Kämpfer auf einen Schlag auslöscht. Bei allem, was sich gegen diesen Gedanken sträubt, sollte man ihn dennoch nüchtern bedenken:

1. Ein solches Vorgehen würde sich nach wenigen Einsätzen (vermutlich im einstelligen Bereich nach weiteren „Versuchen“ mit mehr Geiseln) unter den Kämpfern herumsprechen: Die frühere Strategie funktioniert nicht mehr, wer sich hinter Geiseln versteckt, wird ohne jede Chance aus der Distanz heraus ausgelöscht. Das würde zu einem raschen Umdenken führen, zu einem Strategiewechsel: Zivilisten wären nicht mehr potentielle Schutzschilde, sondern einfach bedeutungslos oder – schlimmer aus Sicht der Kämpfer – Hindernisse.
2. Natürlich wüssten auch Zivilisten, welches Risiko die Anwesenheit von Kämpfern für sie bedeutet – seien sie nun bewusst aufgenommen, seien sie als Geiseln eingedringen. Wenn Menschen den sicheren Tod vor Augen haben, steckt in jeder Gegenwehr eine kleine, letzte Chance: Auch Geiseln wissen, dass sie jetzt um ihr Leben kämpfen müssen. Bei 9-11 gab es ein viertes Flugzeug, das unterwegs nach Washington war: Es stürzte vorher ab, weil die Geiseln versuchten, es zurückzuerobern – der Mut der Verzweiflung sollte nie unterschätzt werden. Auf jeden Fall treibt der Mut der Verzweiflung einen Keil der Unberechenbarkeit zwischen Geiseln und Geiseln (und wirkt mindestens dem Stockholm-Syndrom entgegen).
3. Es ist die Sprache des Gegners. Viele Kämpfer brüsten sich sogar mit der Brutalität, mit der sie auch gegen Zivilisten vorgehen und Furcht und Schrecken verbreiten, dass sie vielleicht sogar die „hinrichten“, die sie gerade noch als Geiseln festhielten. Ihnen entgegenzuhalten: „Da halten wir mit – nur fast gefahrlos mit besseren Waffensystemen“ – das nimmt das Denken der Kämpfer auf, das ist ihre Sprache, das verstehen sie mit direkten Folgen für die eigene Strategie. Damit aber würde die Idee menschlicher Schutzschilde obsolet.

4. Ziel geiselnemder Kämpfer ist immer, aus diesem Schutz heraus möglichst viele Soldaten zu töten, auf jeden Fall mehr als ohne Geiseln, bestenfalls das Gefecht zu gewinnen. Ich bin der Überzeugung: Wer Soldaten in Kriegshandlungen schickt, muss ihnen mitgeben, alles zu tun, um lebend zurück zu kehren. Ich würde niemanden von diesen mutigen Menschen verlieren wollen und schon gleich gar nicht in einem Gefecht, das auch einen anderen (wenn auch ebenso schrecklichen) Ausgang haben könnte. Mir erscheint die bisherige Politik als Poker-Spiel mit denen, die den Kopf hinhalten.

In diesem Sinne ist auch die Strategie, die ich hier „Plan b“ nenne, Kommunikation mit der gegnerischen Seite: In der Sprache, die sie verstehen, erleben sie konkret, dass das, was bisher als halbherzige Schwäche des Westens wirkte, nicht mehr gilt – dass das Beibehalten der eigenen Strategie jetzt in den sicheren Tod führt und das eigene Lager unverhältnismäßig schwächt. So weit geht es um die Kämpfer.

Das tatsächliche ethische Problem (sofern man nicht Krieg insgesamt als ethisches Problem sieht) liegt in der Situation der Geiseln. Hier habe ich schon zu verstehen gegeben, dass ich voreingenommen und parteiisch bin: Ich möchte keinen unserer Soldaten verlieren. Sie kennen das Risiko und gehen es ein, um mich und meine Vorstellungen von einem lebenswerten Leben zu schützen, und deshalb stehen sie mir wesentlich näher als unbekannte Geiseln. Ich unterstelle auch, dass es letztlich keine Sichtweise gibt, die dieses Dilemma lösen kann. Heinz von Foerster sagte einmal, man könne nur die unentscheidbaren Fragen entscheiden: Da, wo man eine Pro-und-Contra-Liste anfertigen kann, muss man nur zuletzt addieren und vergleichen – solches sind Fragen, die rein faktisch entschieden werden können. Das funktioniert aber nicht, wenn es um Geisel- oder Soldatenleben geht: Über ein Leben kann man keine Pro-und-Contra-Liste anfertigen. Bei dieser unentscheidbaren Frage braucht es meine persönliche Entscheidung – und meine Entscheidung ist zugunsten unserer Soldaten gefallen.

Achter Vorwurf: „Du lässt die Geiseln über die Klinge springen!“ Wie gesagt: Meine Entscheidung ist zugunsten unserer Soldaten gefallen. Und ich habe das begründet. Deine Entscheidung rückt wohl eher die Geiseln in den Fokus: Wie begründest du das gegenüber unseren Soldaten?

Damit ist deutlich, was für mich die Konsequenz aus Afghanistan wäre: Wenn es zu einem militärischen Einsatz kommt, ist ein militärischer Einsatz bis zum umfänglichen Erreichen der Ziele in kürzestmöglicher Zeit durchzuführen; welche Strategien genutzt werden, hängt auch von den Strategien des Gegners ab, die zu unserem Vorteil durchkreuzt werden ehe sie zu unserem Nachteil werden; vorrangig ist mir dabei der Schutz eigener Soldaten. Die Zivilgesellschaft ist nachfolgend von NGOs zu unterstützen bei umfänglicher Förderung durch staatliche Finanzen, um durch geeignete Projekte das Kennenlernen anderer Werte zu ermöglichen und Verbundenheit auszubauen zu Freundschaften zwischen Völkern; diese Unterstützung ist aus meiner Sicht langfristig anzulegen. Eine Vermischung beider Interventionsformen lehne ich ab.

Ich will dies auch begründen: Mir ist wichtig, dass Geldmittel diejenigen erreichen, die sie brauchen und für die sie gedacht sind. Also ist mir lieber, dass NGOs – ausgestattet mit staatlichen Förderungen für konkrete Projekte – mit den Projektpartnern im Ausland zusammenarbeiten – ich verspreche mir davon mehr Effizienz als vom Zusammenwirken staatlicher Organe, wobei unsere Seite gleichzeitig noch Aufträge für die deutsche Wirtschaft „heraushandeln“ will, die andere Seite ein intransparentes Finanzgebaren praktiziert. Und es gäbe unserer Regierung für politisches Agieren freie Hand, wenn z.B. die Taliban nicht ständig auf humanitäre Notlagen verweisen könnten, für die sie von UN, Europa und Deutschland Hilfen brauchen, während die Notlagen ja durch ihre Machtübernahme entstanden bzw. mindestens verstärkt wurden. Ich sage plump vereinfachend: Wenn die „Mitleids-Karte“ ausgespielt wird, stärkt es unserer Regierung den Rücken, wenn sie für solche Projekte nicht selbst zuständig ist – wo deutsch-

afghanische Projekte ungestört für die Menschen arbeiten können, werden sie in Deutschland gefördert, aber kein Euro soll unter dem Deckmäntelchen humanitärer Hilfe aus staatlichen Töpfen das Regime stärken. Und es ist wiederum „gleiche Augenhöhe“, wenn deutsche Politiker wahrheitsgemäß sagen können, dass sie keinen direkten Einfluss auf konkrete Projekte einer Organisation haben und genau deshalb von der Gegenseite erwartet wird, ebenfalls keinen Einfluss auf die Partnerorganisation in ihrem Land auszuüben.

Nun aber ist die Situation völlig anders geworden: Der Westen hat zu spät begonnen, Deutsche, HelferInnen und Bedrohte zu evakuieren und muss nun in Verhandlungen eintreten, um dieses Versäumnis einigermaßen ausgleichen zu können. So, wie die wirtschaftliche Lage im Land ist, wird die Strategie der Taliban in einem „fairen“ Tausch bestehen: Geld gegen Menschen. Und wenn dieser Deal abgeschlossen ist, wird das eigene Volk zu Geiseln und die Strategie lautet dann: „humanitäre Hilfen“ oder Menschen sterben. Bereits Tage nach der Evakuierungsaktion drängt die UN-Hungerhilfe Regierungen, humanitäre Unterstützung zu leisten, um Menschen eine Hungerskatastrophe zu ersparen. In einem abgeschotteten Afghanistan wird niemand zweifelsfrei prüfen können, wohin Geldmittel fließen – ein guter Teil wird sicher zur Festigung des Emirats und für entschiedene Taliban und ihre Familien genutzt werden. Das ist bereits jetzt die Sorge verschiedener Hilfsorganisationen, deren EntwicklungshelferInnen in den letzten Jahren erleben mussten, dass von Finanzhilfen auf dem Weg zur Basis immer ein Teil in unklare Kanäle abfloss. Einer Taliban-Regierung trauen viele zu, dass sie auf die „Tränendrüsen“ drückt, um humanitäre Hilfe für eine Bevölkerung zu erhalten, die de facto Geiseln sind und nichts von der Hilfe sehen werden: Der Westen ist ja so dumm, über die Not des Volkes mit Regierenden zu verhandeln, denen die Not des Volkes egal ist, solange dafür Geld hereinkommt.

Damit wird aus meiner Sicht noch einmal deutlich, wie wichtig es wäre, die Ebenen zu trennen: Regierungen verhandeln mit den Taliban über politische Ziele (z.B. die Anerkennung der neuen Regierung) unabhängig davon, dass (nur) über NGOs und deren Projekte Hilfen ins Land kommen in Zusammenarbeit mit afghanischen NGOs vor Ort.

Afghanistan hat eben – so der Gedanke – die Regierung, die es verdient: Wenn ein Volk eine Regierung zulässt, die nur Ideologie, aber keinen Haushaltsplan bietet, gehört Hunger und Elend zu der Regierung, mit der das Volk einverstanden war. Eine Veränderung kann nur vom Volk ausgehen. Alles andere wäre eine Einmischung von außen, wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene würde den Erhalt des Regimes fördern und sein Ansehen stärken. Auch hier ist mir Klarheit und Transparenz wichtig: keine Vermischung der Ebenen.

Nun war Afghanistan aber 20 Jahre lang besetzt und es gab viele Helfer vor Ort. Wenn afghanische Zivilisten unsere Soldaten unterstützt haben, dürfen sie (und ihre Familien) nicht im Stich gelassen werden, wenn sie in Gefahr kommen und deshalb ausreisen wollen. Sie in diese Situation zu bringen, zerstört das Saatkorn Sehnsucht durch das Erleben, in welche fatale Richtung es führt – und alle, die dies bewusst wahrnehmen, werden sich hüten, in eine ähnliche Lage zu kommen! Deutschland könnte ihnen problemlos anbieten, ihnen eine neue Heimat zu werden. Das ist nur „recht und billig“. Wäre es rechtzeitig geschehen.

Neunter Vorwurf: „Ja – und die kommen und leben nach ganz anderen Vorstellungen und beuten unser Sozialsystem aus!“ Also zunächst: Ausbeutung ist etwas ganz anderes – Ausbeutung ist, wenn man die Familien von Unterstützern ihrem Schicksal überlässt. Da hat man Menschen benutzt, solange sie nützlich waren, und wirft sie den Geiern zum Fraß vor, wenn der afghanische Mohr seine Schuldigkeit getan hat. Ja, ich formuliere rassistisch, denn es ist Rassismus: Es ist macchiavellische Ausbeutung, so menschenverachtend wie Sklavenhaltung, nur hat man die Afghanen formal korrekt in Subunternehmen

angestellt oder zum Schluss schlicht vergessen. Und es ist heuchlerisch, denn dass der Westen nach Afghanistan völlig kulturfremde Werte bringt, interpretieren wir als Wohltat gegenüber diesem Volk, aber wenn sich ein paar Afghanen hier in Deutschland mit unserer Kultur schwer tun, brandmarken wir das als Problem.

Zehnter Vorwurf: „... und dann kommen immer mehr!“ Kurze Antwort: „Du Schisser!“ Gut, dann etwas ausführlicher: Nach dem 2. Weltkrieg (also bei zerstörter Infrastruktur, zerbombtem Wohnraum, desolater Wirtschaft und verkleinerter Fläche!) nahm allein Schleswig-Holstein zusätzlich ca 40 % Flüchtlinge, vertriebene „Volksdeutsche“ und „Displaced Persons“ auf und integrierte sie (Niedersachsen 30 %; Bayern 25 %). Bundesweit ging es um - nach vorsichtigen Schätzungen - rund 20 Millionen Menschen mit 20 Nationalitäten und 35 Sprachen, die von rund 50 Millionen Deutschen aufgenommen wurden (incl. der „Spätaussiedler“). Bis 1961 wanderten aus der DDR nochmals ca 2,7 Millionen Menschen zu. Und du willst mir einreden, die Deutschen seien solche Schisser geworden, dass sie sich eine viel kleinere Aufgabe bei florierender Wirtschaft, guter Infrastruktur und erfreulichem Wohlstand nicht zutrauen könnten? Lächerlich! Für was für Pfeifen hältst du uns Deutsche? Nein, du Schisser, diese Sicht teile ich nicht, dafür bin ich zu stolz, Deutscher zu sein: Das schaffen wir! Locker!

Ich bin sicher: Bei all den Menschen, die bereits in Deutschland integriert wurden und denen man teilweise das fremde Geburtsland – ggf. ihrer Eltern - nicht mehr anmerkt, kann nicht bei einigen Tausend Familien, die durch ihre Tätigkeit bereits eine Verbundenheit zu Deutschland aufgebaut haben, plötzlich ein Strich gezogen werden.

Ich habe 2016 in einem Projekt zur Integration unbegleiteter, junger Flüchtlinge mitgewirkt und in diesem Projekt sind mir nur junge Menschen begegnet, die überzeugend die ihnen fremde Kultur Deutschlands erlernen wollten (also nicht nur reinschnuppern, sondern wirklich verstehen und leben). Darunter waren sehr einfache Menschen ohne Schulbildung, die nach einem Schulabschluss ein Handwerk erlernen wollten. Andere hatten gute Bildung und ebensolche Manieren und hofften darauf, studieren zu können. Eine junge Frau beeindruckte mich besonders: Wenn es klemmte, übersetzte sie – sechs oder sieben Sprachen flüssig, ein paar weitere in Bruchstücken, etwas weniger auch schriftlich. Sie haben von sozialen Situationen in ihrer Heimat erzählt und wir haben soziale Situationen für Deutschland mit ihnen besprochen und geübt. Sie alle träumten davon, hier zu leben, Zugang zu Bildung zu haben, eigenes Geld zu verdienen, in Sicherheit und Freiheit zu sein. Ich bin überzeugt: Angesichts des demographischen Wandels brauchen wir genau solche Leute.

Nein, „Schmarotzer“ habe ich keine erlebt. Sie haben in dem Projekt gemeinsam gekocht, um zu lernen, wie man sich in Deutschland kostengünstig, saisonal und regional ernährt – Lebensmittel, mit denen sie Zuhause sparsam kochten, fanden sie hier kaum (oder teuer). Sie wollten haushalten und sparen und möglichst bald unabhängig vom Staat sein. Sie waren zum Teil über ein Jahr unterwegs und mussten immer für sich selber sorgen – und jetzt waren sie hier und (so sahen es diese junge Menschen) bekamen Essen, ein Zimmer und etwas Taschengeld dafür, dass sie zur Schule gingen: Nicht den Eltern auf dem Feld helfen, keine Tagelöhner-Jobs, kein betteln oder hungern – und zur Schule dürfen! Also mich hat das beeindruckt.

Nach meinen Erfahrungen in diesem Projekt und anderswo und nach meinen Kenntnissen über Integrationsarbeit und auch Kriminalstatistik und ähnliches stelle ich fest: Nur ein kleiner Teil von Flüchtlingen wird bei uns auffällig oder straffällig. Also:

Elfter Vorwurf: „Das sind doch nur Kriminelle!“ Sachlich falsch, vermutlich den „Infos“ von irgendwelchen Braunen aufgesessen. Penibel werden bei uns alle Tatverdächtigen aufgelistet nach allen möglichen Kriterien, darunter auch Herkunftsland. Da ist wenig Auffälliges, auffällig ist eher, wie manche Medien und manche Populisten auf spektakuläre Einzelfälle „abfahren“.

Was man statistisch erkennen kann, ist etwas ganz anderes: Es gibt Einzelne, die schon in frühen Jahren straffällig werden und dann immer wieder auffallen. Ich interpretiere dieses Verhalten anders, als es wohl die meisten Gerichte deuten, deren Urteile häufig von der Hoffnung geprägt sind, dem jungen Menschen in kleinen Schritten zu zeigen, dass er auf dem falschen Weg ist. Ich habe den Eindruck, dass manche jugendliche Straftäter als Bestätigung für ihren Weg sehen, wenn sie binnen Stunden aus der U-Haft entlassen werden, dann erst Monate verstreichen bis zu einer Verhandlung und sie – auch im Wiederholungsfall – mit milden Strafen rechnen können, solange sie vor Gericht genau die Worte sagen, die dort gehört werden wollen. Und tatsächlich wird in kriminellen Randgruppen regelrecht geübt, wie man den eigenen Anwalt um den Finger wickelt und ein Gericht zu Tränen rührt – „best practice“ unter kriminellen Kollegen. Damit gerät ein Kerngedanke der Pädagogik und auch der Justiz völlig aus dem Blick: Jede Handlung hat eine Konsequenz. Und ganz bewusst habe ich in diesem Absatz die Frage nach der Nationalität ausgeklammert, denn sie ist völlig belanglos!

Viele jugendliche Straftäter leben in dem Wahn, ihnen könne ja auf Grund ihres Alters gar nicht viel passieren. Mehr noch: Sie geben sich in ihrem Umfeld ein cooles Image, vor allem, wenn sie erst bei der x-ten Straftat erwischt wurden. Das alles ist eine Bestätigung, weiterzumachen wie bisher – nur sich nicht mehr erwischen lassen! Das sind junge Leute, die ich – unabhängig von der Nationalität – als Schmarotzer unserer Gesellschaft erlebe: Während Opfer teilweise jahrelang traumatisiert sind, während Versicherungen die Schäden durch die Solidargemeinschaft begleichen, während ein ganzer Apparat mit Beweissicherung und Strafverfolgung beschäftigt ist, ... gehen sie als strahlender Held, der sich wieder mal durchgesetzt und Dumme abgezockt hat, schulterzuckend weiter. Jugendliche Wiederholungstäter leben in einer Auflehnung gegen die Gesellschaft und deren Werte, sie wollen sich keinesfalls beugen und werden weiterhin versuchen, ihr Leben auf Kosten anderer zu bestreiten.

Wo ein Deutscher als Vielfachtäter in Erscheinung tritt, bleibt uns bei schweren Straftaten letztlich nur die Möglichkeit, die Gesellschaft vor ihm zu schützen, sprich: ihn dauerhaft wegzusperren. Das hört sich schlimm an, aber es wäre schlimmer, wenn er auf seinem Weg weitere Opfer zurückließe, die wir als Gesellschaft hätten verhindern können und die wir hätten schützen müssen. Diese Opfer lasten schwerer auf meinem Gewissen als eine langjährige Strafe für einen Täter, der sich bewusst entschied, zu tun, was er tat: Künftiger Opferschutz geht für mich vor jedem Versuch der Resozialisierung.

Wenn es sich um Menschen mit ausländischer Nationalität handelt, könnten wir diese in ihr Herkunftsland abschieben. Auch da ist Afghanistan ein gutes Beispiel, denn in diesen Tagen im August 2021 wird ein genereller Abschiebestop erlassen: Nach Afghanistan darf ab sofort niemand mehr abgeschoben werden. Das ist richtig und gut, denn dieses Land ist kein sicheres Land und jede Abschiebung bringt einen Menschen in Gefahr.

Randbemerkung: Ich vertrete eine andere als die offizielle Definition, was ein sicheres Herkunftsland sei; ich persönlich bin der Auffassung, als sicher dürfte ein Land nur eingestuft werden, wenn dort auch Bundestagsabgeordnete Urlaub machen.

Aber es gibt auch ausländische Kriminelle, darunter auch Vielfach-Täter (also nicht nur Mehrfach-Täter). Sie scheinen zu genießen, wie sie sich mit ihren Methoden in unserer Gesellschaft

durchsetzen können, wie schwer ihnen mit unseren Möglichkeiten beizukommen ist, wie sie kriminelle Parasiten unserer Gesellschaft sind. Sie sehen keinen Grund, sich zu ändern oder sich gar anzupassen und zu integrieren: Unsere Gesellschaft sehen sie als Einladung, sich zu bedienen, und sie gehen davon aus, bleiben zu können, wie sie sind, und leben zu können, wie sie wollen – und das dauerhaft mitten unter uns, ihren Opfern.

Das ist für mich der Punkt, an dem ich in diesem Fall – trotz generellem Abschiebestopp – für eine Abschiebung bin: Diese Person hat vielfach gezeigt, dass ihr gesellschaftliche Spielregeln gleichgültig sind, dass es ihr nur um die eigene Person geht, dass sie sich überall irgendwie durchschlagen kann und sich – egal mit welchen Mitteln - durchsetzen wird. Das und ihr Nein zu unserer Gesellschaft sollte man ernst nehmen und im Rahmen eines Urteils auch die Abschiebung im Einzelfall verhängen können. Und ich hätte auch nichts dagegen, diese Person – sollte eine Landung in ihrem Heimatland zu gefährlich sein – per Fallschirmabwurf abzuschicken: Sie hat bewiesen, alle Fähigkeiten zu haben, sich in schwierigsten Situationen zu behaupten – um sie muss ich mir keine Gedanken machen. Wohl aber um die, die andernfalls bei uns zu ihren Opfern zählen würden. In einem solchen Fall stehe ich ohne Wenn und Aber auf der Seite der Opfer, auch auf der Seite potentieller, künftiger Opfer. Ist das radikal, extremistisch, totalitär und ungerecht? Ja, darüber würde ich gerne mit Opfern solcher Täter diskutieren!

Auch hier: Menschen, die in ihrem Verhalten eine klare Sprache sprechen, sind ernst zu nehmen und unser Umgang mit ihnen sollte ihnen in einer Sprache, die sie verstehen, zeigen, dass wir es ebenso ernst meinen. Das ist mein Verständnis von „gleicher Augenhöhe“. Bei einem ausländischen Vielfach-Täter einen weiteren sozialtherapeutischen Versuch zu unternehmen, heißt andersherum auch, dass wir uns auf einen Sockel stellen und ihn von oben herab belehren, wir wüssten besser als er selbst, was gut für ihn ist und was er zu wollen hat und wie wir ihn auf den richtigen Weg bringen. Seine positive Prognose von unseren Lippen, die er nur aufzunehmen braucht, um eine 5., 6., ... 20. Chance zu bekommen, ist Ausdruck von ungleicher Augenhöhe, die er – geübt in diesen Spielchen – umgehend gegen die besserwisserischen Sozial-Fuzzis einsetzt. Ein genereller Abschiebestopp, wie wir ihn aktuell verstehen, fördert geradezu das Ausnutzen unseres Systems und schafft falsche Vorbilder für andere. Und: Es liefert in der Gesellschaft markante Beispiele, die von Populisten zum Schüren von Vorurteilen gegen alle Personen mit Migrationshintergrund ausgenutzt werden – eine demagogische Stigmatisierung, die dann viele zu Opfern macht.

Das trifft vor allem diejenigen, die sich bei allen eigenen Bemühungen schwertun mit der Integration. Mir sind in den letzten Jahren so viele „Kleinigkeiten“ bewusst geworden, die einem Fremden in unserer Gesellschaft zu Stolperstricken werden können (und die andersherum uns zu Stolperstricken in seiner Kultur würden), dass ich mit vielen Fehlern, die vor Gericht enden, eher nachsichtig und verständnisvoll bin: Wir leben in einer so komplexen Gesellschaft, dass mir auch mehrfaches, gerichtsbekanntes Fehlverhalten akzeptabel ist. Damit sind nicht schwerste Straftaten gemeint, die schon – ohne weitere Kenntnis deutscher Gesetze – das Gastrecht ausschließt, das in den allermeisten Herkunftsländern einen hohen Stellenwert hat. In diesen Fällen sollte eher eine erweiterte Integrations-Hilfe zum Zuge kommen.

Zusammenfassen kann ich mein Denken in 5 Grundsätzen, von denen drei ausgeführt wurden, zwei immer im Hintergrund „mitliefen“ und mitzudenken sind:

1. Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.
2. Lehre die Sehnsucht nach einer guten Gesellschaft.
3. Sprich die Sprache des Gegenübers.
4. Gleiche Augenhöhe bei allen Begegnungen mit anderen Menschen.
5. Zuletzt: Treffe Entscheidungen, trage Verantwortung, lebe die Konsequenz.

Ganz offen bleibt auf diesen Seiten, ob es eine berechnete, legitime, verantwortbare Entscheidung zu kriegerischen Auseinandersetzungen überhaupt geben kann – hier bin ich vom Status quo am Beispiel von Afghanistan ausgegangen, wo die Entscheidung vor langem faktisch bejahend getroffen wurde.

Bevor jedoch ethische Überlegungen dazu überhaupt angepackt werden können – auch am Beispiel von Afghanistan -, wären zwei andere Themenbereiche im Vorfeld zu diskutieren, die zwar auch ethische Dimensionen haben, aber auf einer völlig anderen Ebene angesiedelt sind:

1. Die Verlogenheit deutscher Politiker nach innen.

Was in Afghanistan geschah, passt manchen überhaupt nicht in die politische Strategie: Es wäre so schön gewesen, noch „den Deckel drauf“ zu halten, damit Afghanistan erst der nächsten Bundesregierung um die Ohren fliegt und die Ära Merkel mit positiven Eindrücken zu Ende geht. Es wäre so schön gewesen, wenn der Schwarze Peter nicht ausgerechnet so kurz vor den Wahlen bei manchen Ministerien bzw. der Partei des Ministers gelandet wäre. Gewissenlos wurde innenpolitisch gepokert und wurden Warnungen in den Wind geschlagen, solange sie nicht von „den Diensten“ voll bestätigt waren – und weil eine voll umfängliche Bestätigung ausblieb, durfte man sich ja zurücklehnen und noch etwas zuwarten, während man die Tage bis zur Wahl als Countdown herunterzählte.

Als beobachtender Bürger verbinden sich für mich vor allem die führenden Minister mit diesem Vorgehen: Seehofer als Chef der Dienste, Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin, Maas als Außenminister. Und mit ihnen die zugehörigen Staatssekretäre und die Führungen der jeweiligen Abteilungen. Aus meiner Sicht müssen diese Funktionen neu besetzt werden, wenn man künftig ein solches Debakel verhindern will: Da wurde gewissenlos, verantwortungslos und wertlos gehandelt, in der Summe inkompetent und zum Schaden des deutschen Volkes. Bevor ein Untersuchungsausschuss neue Gesetze oder Richtlinien oder was auch immer vorgibt, müssen die Köpfe ausgetauscht werden, die offensichtlich falsches Denken praktizieren.

2. Die Verlogenheit deutscher Politik nach außen.

Im Gegensatz zum letzten Absatz geht es hier nicht um benennbare Personen, die als Spitze der Inkompetenz ebenso geführten Ministerien vorstehen, sondern um die deutsche Politik nach außen, wie sie von Bundestag, Bundesrat, Politikern, Lobbyisten, Wirtschaft, Angestellten von Unternehmen, ... gutgeheißen und unterstützt wird.

Es geht zum Beispiel um die Krake „Waffenindustrie“, die auch bei uns (aber nicht so schlimm wie in den USA) ihre Tentakeln in erschreckend viele Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ausstreckt. Deutschland liegt seit Jahrzehnten immer in den Top Ten der Waffenexporteure. Das wird bei uns viel zu wenig thematisiert und diskutiert. Wir beliefern hemmungslos Länder, die Taliban, IS, Al-Qaida und andere unterstützen. Guten Absatz fanden zum Beispiel Schusswaffen für die afghanische Armee, von Deutschland als Erstausrüstung geliefert, heute weitgehend im Besitz der Taliban. Ob wir ernsthaft akzeptieren, dass deutsche Soldaten in Krisengebieten mittels deutscher Waffen mit deutscher Munition angegriffen und getötet werden, muss diskutiert werden.

Es geht zum Beispiel um außenpolitische Strategien, die gegenüber Ländern wie Saudi-Arabien zwar immer wieder Menschen- und Frauenrechte auf die Agenda setzen, aber sie im Gefolge der Amerikaner als „Freunde“ sehen, auch wenn sie kräftig Taliban, IS,

Al-quaida und andere finanzieren, ihnen Rückzugsmöglichkeiten bieten und sie ausrüsten. Es gibt zu viele „Freunde“, die man auch offiziell nicht Freunde nennen sollte, solange sie hinterrücks gegen uns arbeiten. Das Argument, gerade mit diesen müsse man im konstruktiven Gespräch bleiben, um Veränderungen auf lange Sicht zu erreichen, wirkt irgendwie seltsam, wenn diese Freunde kräftig an uns verdienen und ihre Erfüllungsgehilfen gleichzeitig auf uns schießen. So etwas nennt vielleicht ein Politiker „Freundschaft“ – ich nicht. Auch darüber muss breit diskutiert werden.

Erst, wenn diese Themenbereiche offen diskutiert wurden und ein möglichst breiter, gesellschaftlicher Konsens erzielt wurde, macht es überhaupt Sinn, über eine viel weiter gefasste Ethik des Krieges zu reden. Und auch da behaupte ich, dass eine Vermischung der Themen fatal wäre: Zu schnell sind dann wieder die bekannten Gestalten da, die politisch-strategisch an der einen Stelle etwas nachgeben, um an der anderen ein Wohlwollen zu erreichen – nein, wir brauchen an diesen zu lange verschleppten Themen endlich Klärungen und nicht noch mehr Nebel.

Dann kann für solche Diskussionen auch Afghanistan als konkretes Beispiel dienen, auch bei Fragen, welche Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, nicht einmal als Gedankenspiel angedacht wurden, welche Fragwürdigkeiten der jüngeren Geschichte das Beispiel deutlich macht, welche Chancen zu einer Entwicklung der Zivilgesellschaft außerhalb von Regierungshandeln ungenutzt blieben und vieles mehr. Aber erst DANN.

Wolfgang Knapp © 2021 Altheim Alb